



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Verkehrsausschuss	07.09.2010	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Resolution des Rates "Für den Ausbau des Bahnknotens Köln" vom 02.02.2010 Mitteilung über Rückläufe

Der Rat der Stadt Köln hat am 02.02.2010 nach vorangegangener Beratung im Verkehrsausschuss eine Resolution für den Ausbau des Bahnknotens Köln beschlossen, die gemäß Beschlusstext in insgesamt 31 getrennten Schreiben an die Landesregierung NRW, das Landesministerium NRW, die Bundestagsabgeordneten der Kölner Region, den Vorstand der Deutschen Bahn AG, die Bundesregierung und den Bundesverkehrsminister weitergeleitet wurde.

Geantwortet haben die Deutsche Bahn AG (Dr. Rüdiger Grube), das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Staatssekretäre Klaus-Dieter Scheurle und Enak Ferlemann), der Chef der Staatskanzlei NRW (Karsten Beneke), das Ministerium für Bauen und Verkehr NRW (Lutz Lienenkämper) sowie die Bundestagsabgeordneten Matthias W. Birkwald, Martin Dörmann, Ursula Heinen-Esser, Dr. Werner Hoyer und Willy Zylajew.

Aus den Antwortschreiben lassen sich folgende wesentlichen Informationen entnehmen:

1. Ergänzungsmaßnahmen zur Neubaustrecke Köln-Rhein/Main

Nach dem in 2009 fertiggestellten, zweigleisigen Ausbau der Anbindung des Bahnhofs Messe/Deutz (tief) zwischen Köln-Mülheim und der Gummersbacher Straße werden hier auf absehbare Zeit keine Maßnahmen mehr erfolgen.

Für die u.a. von der Stadt Köln gewünschte Erweiterung der Gleistrasse zwischen Abzweig Gummersbacher Straße und Abzweig Flughafenschleife Nord bzw. Steinstraße in Porz auf sechs Gleise zur Entflechtung von Nah- und Fernverkehr ist aus dem aktuellen Verkehrsaufkommen „derzeit kein Ausbaubedarf mit Bundesmitteln aus dem Bedarfsplan begründbar.“ Seitens der Bahn und des Bundes wird hierfür erst eine Realisierungschance mit Inbetriebnahme der Strecke Rhein/Main – Rhein/Neckar im Jahr 2020 gesehen.

Gleichwohl soll bereits 2011/2012 auf Grundlage der erstellten technischen Vorplanung mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für diesen Abschnitt begonnen werden, um frühzeitig Baurecht für die Gleiserweiterung zu erlangen.

2. Westring zwischen Hansaring und Hürth-Kalscheuren

Gegenstand dieses Vorhabens ist der Ausbau des Streckenabschnitts von Köln-Hansaring bis Hürth-Kalscheuren auf S-Bahn-Standard durch zwei zusätzliche S-Bahn-Gleise einschließlich zusätzlicher Haltepunkte am Mediapark, an der Aachener Straße und an der Weißhausstraße. Für die mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rd. 250 Mio. € kalkulierte Vorplanung wurde in der im Rahmen des Verkehrsinfrastrukturplans des Landes vorgenommenen Bewertung bislang ein negatives Nutzen-Kosten-Verhältnis ermittelt, weshalb sie nur in der Stufe 2 eingestellt wurde. Das bedeutet, dass eine Realisierung aus Landesmitteln derzeit nicht möglich ist.

Nach Rücksprache der Verwaltung mit dem Zweckverband Nahverkehr Rheinland (NVR) hätte dieses Projekt somit mittelfristig nur in abgespeckter Form mit deutlich geringeren Kosten eine Chance. Entsprechende Vorüberlegungen werden derzeit mit dem NVR abgestimmt und sollen nach Auffassung der Verwaltung in den neu aufzustellenden Nahverkehrsplan SPNV des NVR aufgenommen werden.

3. S-Bahn-Erweiterungen im Kölner Gleisnetz

Auf dem Bahngipfel NRW am 31.03.2010 wurde in einer Rahmenvereinbarung zwischen dem Land und der DB AG auch die Umsetzung eines Gesamtmaßnahmenpakets zur S-Bahn-Linie 11 im Umfang von ca. 150 Mio. € beschlossen, das u.a. die Erweiterung des Hauptbahnhofs und des Bahnhofs Messe/Deutz um zwei Gleise und einen Mittelbahnsteig vorsieht. Ein weiterer Ausbau der Hohenzollernbrücke ist laut Aussage der Deutschen Bahn AG „sowohl bahnbetrieblich als auch städtebaulich kaum durchsetzbar“ und nach Aussage des Ministeriums für Bauen und Verkehr NRW angesichts der Verlegung eines Teils des ICE-Verkehrs nach Messe/Deutz „nicht vorgesehen.“ Nach Auffassung des NVR ist eine Erweiterung der Hohenzollernbrücke für den S-Bahn-Verkehr aber auch nicht erforderlich.

Neben dem Ausbau der Bahnhöfe Dom/HBF und Messe/Deutz umfasst das Maßnahmenpaket zur S 11 auch den zweigleisigen Streckenausbau zwischen Köln-Dellbrück und Bergisch Gladbach sowie den Bau des erst dann möglichen Haltepunkts Deutzer Feld zur Anbindung des ehem. CFK-Geländes an den SPNV. Laut Antwort der Deutschen Bahn AG „ist vorgesehen, das Projekt aus dem GVFG-Bundesprogramm zu finanzieren.“

4. Ausbaustrecke Köln-Aachen

Während der Ausbau dieser Strecke zwischen Köln und Düren sowohl für den Hochgeschwindigkeitsverkehr als auch für die S-Bahn bereits im Dezember 2003 abgeschlossen wurde, hängt der Ausbau des Streckenabschnitts Düren-Aachen laut Schreiben der Deutschen Bahn AG „von den zukünftig zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln des Bundes ab.“

5. RRX Köln-Düsseldorf

Laut Schreiben der Staatskanzlei NRW hat die Deutsche Bahn AG „zugesichert, auf der Strecke Köln-Leverkusen im Jahr 2011 mit der Planfeststellung für dieses zentrale Vorhaben zu beginnen“, mit dem insbesondere die Engpässe auf der Strecke nach Düsseldorf in den Abschnitten zwischen Leverkusen-Bayerwerk und Küppersteg sowie zwischen Leverkusen-Rheindorf und Langenfeld beseitigt werden sollen, auf denen Fern- und Nahverkehr derzeit um lediglich drei Gleise konkurrieren. Die Stadt Köln wird ihren Einfluss im Verlauf des Planfeststellungsverfahrens geltend machen müssen, damit diese Engpässe auch unabhängig von der offenbar noch ungesicherten Finanzierung des RRX beseitigt werden.

In der Folge der Bahnresolution des Rates sind zudem die Kontakte zwischen der Verwaltungsspitze und der Deutschen Bahn AG intensiviert worden. Bei einem ersten Gespräch des Oberbürgermeisters und des Planungsdezernenten der Stadt Köln mit dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für Nordrhein-Westfalen wurde diesem die Dringlichkeit des Infrastrukturausbaus im Bahnknoten Köln aus Sicht der Stadt Köln erläutert. Der Konzernbevollmächtigte hat in diesem Gespräch die in den erhaltenen Zuschriften aus den Ministerien und von der Bahnspitze dargelegten Positionen vertreten. Es wurde vereinbart, mindestens einmal jährlich zu derartigen Planungsgesprächen zusammen zu kommen.

gez. Roters